

Schmahl, Hans-Jürgen

**Article — Digitized Version**

## Preisaufrtrieb: Schadensbegrenzung erforderlich

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Schmahl, Hans-Jürgen (1991) : Preisaufrtrieb: Schadensbegrenzung erforderlich, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 8, pp. 378-379

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136781>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Preisaufrtrieb: Schadensbegrenzung erforderlich



Hans-Jürgen Schmahl

Die jüngste Preisentwicklung in Westdeutschland hat die Öffentlichkeit aufgeschreckt und eine Diskussion um die mögliche Verschärfung der Geldpolitik ausgelöst. Über die Ursachen des verstärkten Preisanstiegs und die daraus zu ziehenden Handlungskonsequenzen wird heftig gestritten. Monokausale Erklärungen sind von vornherein wenig überzeugend, und die Rückkehr zu stabilen Wachstumsbedingungen ohne vorherige Stabilisierungskrise stellt an die Wirtschafts- und an die Lohnpolitik hohe Anforderungen.

Zunächst sind einige Fakten festzuhalten, die in der öffentlichen Diskussion nicht hinreichend berücksichtigt werden. Es ist unzutreffend, die Beschleunigung des Verbraucherpreisaufrtriebs ausschließlich oder auch nur hauptsächlich mit der Anhebung indirekter Steuern zum 1. Juli zu erklären. Vielmehr ist der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte schon von März bis Juni dieses Jahres verstärkt, saisonbereinigt mit einer auf ein ganzes Jahr hochgerechneten Rate von etwa 5% gestiegen. Die übliche Orientierung an Anstiegsraten im Vorjahresvergleich zeigt solche Tempoänderungen stets erst mit Verzögerung. Von Juni auf Juli hat sich der Preisindex deutlich mehr erhöht, als allein mit den Steueranhebungen zu erklären wäre. Das ist um so bemerkenswerter, als sich nach den bisherigen Erfahrungen die Überwälzung erhöhter Steuern über einige Monate verteilte. Auch der beruhigend gemeinte Hinweis, auf den Vorstufen sei der Preisanstieg weiterhin mäßig, geht fehl. Zwar war der Index der industriellen Erzeugerpreise insgesamt im Juni nur um 2,3% höher als im Vorjahr, doch die Erzeugerpreise für Konsumgüter lagen bereits um 4,3% über dem damaligen Stand. Schließlich sei hier an den schon seit längerem kräftigen Auftrieb der Baupreise erinnert. Alles in allem haben wir es mit einer erheblichen Beschleunigung des Preisanstiegs zu tun, die schon vor der Anhebung der indirekten Steuern eingesetzt hat und auch die Vorstufen der Verbraucherebene umfaßt.

Die westdeutsche Wirtschaft befindet sich am Ende einer außergewöhnlich langen Aufstiegsphase; der Begriff „Aufschwung“ ist nach strenger Definition (steigende Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials) allerdings nicht auf jedes der vergangenen sieben Jahre anzuwenden. Spätestens seit 1989, also noch vor der Vereinigung mit Ostdeutschland, hat die Konjunktur boomartige Züge. In einer solchen Phase ist es noch in jedem der bisherigen Nachkriegszyklen zu verstärktem Preisanstieg gekommen. Das wäre zweifellos auch ohne die Vereinigung wieder so gewesen. Durch deren Begleitumstände ist der Boom jedoch verlängert und verstärkt worden und damit sicherlich auch der Preisanstieg. Abgesehen davon hätte es die preistreibenden Steuererhöhungen nicht gegeben, eine Tatsache, die im übrigen nicht gegen die Vereinigung spricht.

Wendet man sich den Gründen für die Beschleunigung des Preisanstiegs zu, so ist zu berücksichtigen, daß in der Ökonomie Ereignisse von heute im allgemeinen nicht Ursachen von heute haben. (Eine Ausnahme macht natürlich die Steuererhöhung, die sich umgehend in den Preisen niederschlagen konnte.) Die zeitlichen Verzögerungen, mit denen sich beispielsweise Veränderungen der Geldpolitik auf die Preisentwicklung auswirken, können sehr lang sein. So wird verschiedentlich zutreffend argumentiert, daß die Preissteigerungen dieses Jahres auch eine Spätfolge der allzu expansiven Geldpolitik der Deutschen Bundesbank bis 1988 seien;

dies entspricht auch früher beobachteten Zusammenhängen. Hinzuweisen ist aber auch auf ein zeitnäheres Ereignis, nämlich die Währungsunion mit der damaligen DDR vor einem Jahr, bei der die Geldmenge – wie sich im nachhinein zeigt – offensichtlich viel stärker ausgeweitet worden ist, als angesichts des hinzukommenden Produktionspotentials angemessen gewesen wäre. Der „monetäre Mantel“ ist seitdem jedenfalls so weit, daß – trotz der geringen Zunahme der Geldmenge in den letzten Monaten – von dieser Seite Preiserhöhungen nicht behindert werden. Letztlich geht es auch in der gegenwärtigen Diskussion wieder um die Frage, ob der beschleunigte Preisanstieg eher mit der Nachfrage- oder mit der Kostenentwicklung zu erklären ist; freilich hängen beide vielfach eng zusammen.

Die Nachfrageentwicklung im konjunkturreagibelsten Bereich der Wirtschaft, dem Verarbeitenden Gewerbe, hat ihren Höhepunkt überschritten. Seit der Jahreswende 1990/91 geht dort der Auftragseingang nicht mehr nur aus dem Ausland, sondern auch aus dem Inland zurück. Seitdem nimmt auch die Reichweite der Auftragsbestände und die Auslastung der Kapazitäten ab; beide sind jedoch noch hoch. In anderen Wirtschaftsbereichen, vor allem bei den Dienstleistungen, steigt die Nachfrage weiterhin. In dieser Phase nimmt die Bedeutung des „Nachfrage-sogs“ als Auslöser von Preiserhöhungen zwar ab, aber sie ist in manchen Bereichen, vor allem bei den konsumnahen Dienstleistungen und bei den Mieten, nach wie vor signifikant. Vor allem aber ist dies nach aller Erfahrung eine Situation, in der die meisten Anbieter noch Spielraum für die Überwälzung von Kostensteigerungen sehen. Dabei besteht allerdings zunehmend die Gefahr, daß Preiserhöhungen zu Absatzeinbußen führen. Die Preisstatistik macht keinen Unterschied zwischen Preiserhöhungen mit und ohne Konsequenzen solcher Art.

Die Anstöße von der Kostenseite aber sind kräftig. Das gilt weniger bei Öl, Rohstoffen und eingeführten Halbwaren, obwohl sie sich durch den Wertverlust der D-Mark gegenüber dem Dollar verteuert haben, sondern vor allem für die Arbeitskosten. Die hohen Abschlußsätze der diesjährigen und teilweise schon der vorjährigen Lohnrunde sowie das Nachlassen des Produktivitätszuwachses im Zusammenhang mit dem Tempoverlust der Konjunktur verstärken den Anstieg der Lohnkosten je Produkteinheit in der Gesamtwirtschaft sprunghaft, auch dies ganz ähnlich wie in vergleichbaren Phasen früherer Zyklen: Von 1% 1989 über 2,5% 1990 auf voraussichtlich 5% in diesem Jahr.

Solche Nachfrage- und Kostenbedingungen sind der Boden, auf dem die Beschleunigung des Preisanstiegs gedeiht. Bereitet worden ist er von einer expansiven Geldpolitik, einer noch expansiveren Finanzpolitik – zuerst die große Steuerreform, danach die umfangreichen Transfers nach Ostdeutschland – und einer Lohnpolitik, die in kurzer Zeit nachholen wollte, was sie in mehreren Jahren vorher glaubte versäumt zu haben. Der Schaden ist nun nicht mehr abwendbar. Die Preise werden bis ins nächste Jahr hinein kräftig steigen, und die Anstiegsraten im Vorjahresvergleich könnten zeitweilig an die 5-%-Marke heranreichen. Zugleich wird sich die Konjunktur deutlich abkühlen, und zwar auch dann, wenn die Geldpolitik unverändert bleibt: Je mehr Kosten und Preise steigen, desto weniger bleibt bei konstanter Geldmengenausweitung für die Finanzierung von Produktionswachstum übrig. Die so oft beschworene Gefahr der „Stabilisierungskrise“ droht nun Wirklichkeit zu werden, und sei es in der relativ milden Form einer zeitweiligen Stagnation.

Ziel muß jetzt die Schadensbegrenzung sein. Es muß verhindert werden, daß die Abkühlung der Konjunktur unnötig weit geht und daß sich der Kosten- und Preisauftrieb auch nach dem „Abwetteren“ des bereits angelegten fortsetzt. Dies erfordert eine entschlossene, aber nicht zum „Overkill“ der Konjunktur führende Geldpolitik. Eine Verschärfung ist unnötig, wenn die Ausweitung der Geldmenge M3 weiterhin so moderat bleibt wie in den letzten Monaten. Würde allein der Diskontsatz erhöht, so wäre das angesichts des ungewöhnlich großen Abstandes zum Lombardsatz eher eine „technische Korrektur“. Die Finanzpolitik muß entschlossener als bisher Ausgaben kürzen und so eine überzeugende Perspektive für die künftige Reduzierung der Defizite schaffen. In der Lohnpolitik schließlich sind im nächsten Jahr erheblich niedrigere Abschlußsätze erforderlich. Unter solchen Bedingungen könnten die Grundlagen für ein stabiles Wachstum nach einiger Zeit wiederhergestellt werden. Hoffentlich reicht die Einsicht in das Notwendige bei allen Beteiligten aus.